

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag des L. Mehlhorn Buchdruckerei (Inhaber D. Strom) für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg

Zeitungspreis:
Monatlich im Neuenbürg
M. 1.20. Durch die Post
im Orts- und Oberamts-
bezirk, sowie im sonst.
in Vert. M. 1.80 m. Post-
bezirk. Preise freibleib.
Preis einer Nummer
10 Pf.

In Fällen höh. Gewalt
bleibt der Anspruch auf
Lieferung der Zeitung ob-
wohl die Abnahme des
Zeitungspreises.

Schlesinger nehmen alle
Anzeigen, sowie An-
zeigen u. Anzeigen
jeder Art entgegen.

Verleger Nr. 4.

Verlag Nr. 24
O. S. Central-Neuenbürg.

Nr. 115.

Donnerstag, den 20. Mai 1926.

84. Jahrgang.

Deutschland.

München, 19. Mai. Auf einem Festabend der Bayerischen Ringvereine zu Ehren des Kronprinzen Rupprecht erklärte der zweite Landesvorsitzende, Justizrat Weder, daß die Ringvereine alles daran setzen werden, um auf friedlichem Wege den Krieg zu erreichen. Jedenfalls lehnen sie aber mit Bestimmtheit ab.

Berlin, 19. Mai. Wegen der Flaggfrage gerieten in einer letzten Sitzung einige junge Leute in einen Streit. Aus dem Verlauf der Diskussion wurde die Auseinander-
setzung auf der Straße fortgesetzt. Es kam zu einem heftigen Streit, bei dem ein Kaufmann durch zwei Messerstiche in die Brust tödlich verletzt wurde.

Berlin, 19. Mai. Die Reichsregierung beabsichtigt nach Beschluß des Reichstages einen besonderen Antrag auf Bildung eines Ausschusses zur Schaffung einer Einheitsflagge vorzulegen. Es ist beabsichtigt, daß an diesem Ausschuss nicht nur Reichstagsmitglieder, sondern auch Historiker und Heraldiker teilnehmen sollen. Der Berliner Polizeipräsident hat den Finanzkommissar des Roten Frontkämpferbundes genehmigt. Die zuständigen Stellen rechnen damit, daß gegen 80 000 Kommunisten in Berlin von außerhalb zusammenkommen werden. Wenn aus der Stettiner Jugend sind 60 Sonderzüge, von Hamburg 30 und aus Halle 20 Sonderzüge gemeldet. Für die Schulpflicht ist die fogen. Warmstufe beibehalten. Es werden in Berlin 14 000 Mann Schulpflichtig aufgenommen werden. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Befreiung der Familienkasse gegen dessen Verweisung an den Reichsausschuss der Deutsche Volkspartei Einspruch erhebt, daß eine neue Kom-
mission gebildet.

Gegenwartigen der Kommunal- und Finanzpolitik der Gemeinden.

Stuttgart, 18. Mai. Vor einem zahlreichen Publikum, das alle Kreise des öffentlichen und privaten, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Lebens umfaßt, sprach heute der neue Präsi-
dent des deutschen und preussischen Städtebundes Dr. Robert, der wegen dem in die Städte einen Besuch abstattet, über die Ziele moderner Kommunal- und Finanzpolitik. Er wies ein-
dringlich auf die Bedeutung des gegenwärtigen Zeitpunktes hin, die darin bestünde, daß wichtige Fragen finanzieller und organisatorischer Art der endgültigen Lösung entgegen gebracht werden müssen. Er betonte, daß es in solchen Lebensfragen die Bestimmung eines einheitlichen Standpunktes nicht geben dürfe. Verwaltung und Finanzreform müssen aus dem Stadium der Erwägungen in das der praktischen Durchführung gebracht werden. Organisation und Verwaltung tragen noch starke Merkmale eines veralteten, verfallenen und finanziellen Durch-
einander. Die Reichsfinanzreform des Jahres 1919/20 ist in ihrer grundsätzlichen Tendenz noch über die Reichsreform hinaus gegangen. Die gleiche Tendenz der Reglementierung und Einengung ist auf allen Gebieten öffentlicher Verwaltung anzusehen, in denen das Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden eine Rolle spielt. Überall ist die Selbstverwaltung eingeschränkt. Mindestens 1/3 der gesamten kommunalen Auf-
gaben sind zwangsweise festgelegt. Eine grundsätzliche Ver-
änderung ist unerlässlich. Das Hauptziel jeder Verwaltungs-
reform muß die Wiederherstellung der Selbstverwaltung sein. Die verantwortlichen Entscheidungen müssen in die Selbstver-
waltungsorgane selbst hinein verlagert werden. Das staatliche Aufsichtsrecht bedarf gezielter Regelung. Die Staats-
aufsicht ist unter Vermeidung von Sonderbehörden durch die Organe der kommunalen Aufsicht zu über. Die Beziehungen der einzelnen Selbstverwaltungsorgane untereinander sind in einem gewissen Grade gegenwärtiger Ausdehnung und Ergänzung entgegenzustellen. Die Dienstleistungsabgabe der Gemeinden war lange Zeit dadurch charakterisiert, daß die Gemeinden nicht im-
mer waren, mangels außerordentlicher Deckungsmöglichkeiten eine ordnungsmäßige Abrechnung zwischen außerordentlichen und ordentlichen Einnahmen durchzuführen. Dies änderte sich in dem Maße, als die Gemeinden dazu übergeben konnten, zunächst im Einzelnen und dann auch im Inlande Anleihen aufzunehmen. Für jeden Haushalt gilt als oberster Grundsatz: Keine Ausgabe ohne Deckung. Die Belastung der Wirtschaft durch die Ge-
meinden ist verhältnismäßig viel geringer als diejenige, die durch das Reich und die Länder verursacht wird. Nur die letzte gezielte Verteilung auf die einzelnen Steuerarten ist vielfach unzureichend. Auf der Einnahmenseite ist eine reichliche Schiedung der Steuerquellen zwischen Reich, Ländern und Gemeinden anzustreben und die Beweglichkeit der Gemein-
den in der Ausgestaltung ihrer Einnahmen wieder herzustellen. Das Übergewicht liegt bei den Steuern und unter diesen auf der Wiederherstellung eines selbständigen Anteilsrechtes der Gemeinden an der Einkommensteuer, zu dessen Ergänzung sich ein gewisser Vorkaufszins, etwa aus dem Aufkommen der Grundsteuer, in Erwägung gezogen werden kann. Zusammen-
fassend sah der Vortragende das Ziel moderner Kommunal- und Finanzpolitik darin, die organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für eine wirkliche Selbstverwaltung zu schaffen; denn werde sich zeigen, daß Initiative und Selbstverant-
wortung auch in der heutigen Zeit nicht geringer als in der früheren geworden sind. Der Redner erntete für seine Ausführungen lebhaften Beifall. Oberbürgermeister Dr. Lauter-
bach sprach ihm im warmen Dank aus.

Der Inhalt der Regierungserklärung.

Berlin, 19. Mai. Dem Berliner Korrespondenten der Wiener „Neuen Freien Presse“ gegenüber hat sich Reichskanzler Marx dahin geäußert, daß er in der Regierungserklärung auf die schwersten Wirtschaftsprobleme mit Ausnahme der Erwerbslosenfrage nicht einzugehen gedenke. In der Flaggfrage“ erklärte Marx, daß die Regierungserklärung auf den Krieg hinberuht und seinen Vorgänger Dr. Luther Bezug nehmen und wird dann weiter sagen, daß die Regierung alles aufwenden wird, um eine Lösung der Flaggfrage herbeizuführen, die den Streit beendet und eine Einigung herbeizuführen kann. Auch die Flaggverordnung, die den Konflikt mit dem vorderen Kabinett herbeizuführen hat, werde ich erwähnen, und ich habe die Absicht, zu sagen, es könne nicht zweifelhaft sein, daß die Verordnung zu Recht besteht. Ich denke, daß sich auch die Linke wird einverstanden erklären können. Sollten die Deutschnationalen in der Debatte an mich die Frage richten, ob ich bereit bin, die Flaggverordnung sofort zur Ausführung zu bringen, so werde ich einfach auf das verweisen, was in der Regierungserklärung gesagt ist. Ich habe ja als Reichsjustizminister im vorigen Kabinett der Flaggverordnung zugestimmt und kann auch heute nicht finden, daß sie eine Verabsicherung von Schwarzrotgold enthält.“ Von der Fürstenabfindung wird, wie Marx weiter mitteilte, die Regierungserklärung wahrscheinlich nicht sprechen. Er sei der Ansicht, daß der Kommissionsbericht so reich wie möglich dem Reichstag vorgelegt werden müsse, daß der Reichstag ihn beschleunigt durchberaten und nach Beendigung der ersten Lesung an den Reichsausschuss, und zwar wenn möglich noch vor dem Volkentwurf, verweisen solle. Im weiteren Verlauf der Unter-
redung verließ der Kanzler, die Beziehungen Deutschlands zu Österreich besonders zu besprechen. Er behauptete in diesem Zusammenhang lebhaft, daß er durch die Übernahme des Kanzler-
amtes sich die beschleunigte Teilnahme an der Bräutigamsfeier in Venz versagen müsse. Zum Schluß ließ Marx sich über die Aufnahme aus, die die Regierungserklärung vermutlich im Reichstag finden werde. Er äußerte die Befürchtung, daß die Deutschnationalen, die über die am Sonntag zwischen Volks-
partei und Zentrum getroffene Vereinbarung sehr erbo-
teten für ein Nichtausbleiben stimmen würden. Für den Fall sei aber, woran wir schon hinwiesen, die Unterstützung der Sozialdemokratie so gut wie gewiß. Der Reichskanzler beendete das Gespräch mit dem Veneraten, daß sich nicht werde natürlich nach wie vor die Bildung einer festen Mehrheit. Das sicherste Mittel, dieses Ziel zu erreichen, sei die Große Koalition.

Zur Vorgeschichte der Flaggfrage.

Berlin, 19. Mai. Wie die „Deutsche Zeitung“ mitteilt, hat der Oberst v. Lutz gegen den Polizeivizepräsidenten Dr. Friedensburg einen Antrag wegen Freiheitsberaubung gestellt. Friedensburg verweigert in der „Täglichen Rundschau“, die ihm aus Willkürgründen ihre Spalten öffnet, in längeren Ausführungen das Vorhaben der Polizei in der Flaggfrage. Er betont, daß die für die polizeiliche Aktion verantwortliche Stelle zu den Maßnahmen nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet gewesen wäre und daß die gegen ihn vorgebrachten Vorwürfe jederseits gegenüber den unermesslich drohenden Vorwürfen unzureichender Pflichterfüllung wegen. Die Bestrebungen seien dem Polizeipräsidenten hinsichtlich der genaue bekannt geworden, daß hochgestellte Privatpersonen, die offenbar aus wirtschaftlichen Gründen anfänglich an dem Plan beteiligt waren, in gewissenhaft die für Staat und Volk drohende Gefahr abzumenden verstanden.

Ausland.

Warschau, 19. Mai. General Goller erklärte in Rosen französischen Berichterstattern, daß er eine Freiwilligennorme gegen die Flaggfrage aufstellen werde.

Paris, 19. Mai. Der französische Finanzminister Beret führt seinen Londoner Misserfolg auf die Devisenpanik an der Pariser Börse zurück.

Die Toten in Warschau.

In Warschau wird die Zahl der Toten bei den letzten Kämpfen offiziell mit 300, die der Verwundeten mit 1000 angegeben, doch erklärte heute der Vizepräsident, daß die Zahl von 600 Toten und 2000 Verwundeten der Wahrheit viel näher käme. Der Vizepräsident bemerkt ferner die Bezeugung, daß die Truppen des Generals Goller in Rosen sich auf dem Vormarsch gegen Warschau befinden.

Amerika und die Abrüstungsfrage.

Genf, 18. Mai. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen in der heutigen Generaldebatte im Abrüstungsausschuss erklärte Gibson: Der Präsident der Vereinigten Staaten ist wie auch die amerikanischen Delegierten von dem zureichenden Glauben erfüllt, daß mit gegenseitigen guten Willen erste Fortschritte erzielt werden können. Für eine Politik der Abrüstungseinsparungen wäre es nach Auffassung der Vereinigten Staaten angeht die Vollgültigkeit der militärischen Bündnisse der einzelnen Länder das Beste, regionale Bündnisse abzuschließen. Was die Abrüstung der Seestreitkräfte anlangt, so wird die amerikanische Regierung sich jeder Möglichkeit anschließen, die dem Weltfrieden zur See neue Chancen lehrt. Gibson empfahl weiter den Abschluß einer Vereinbarung, durch die dem internationalen Weltfrieden ein Ende gesetzt würde, mit dem Vermerken, derartige Vereinbarungen würden wertvolle Garantien für die nationale Sicherheit bedeuten. Er schloß mit der Forderung, daß das gegenseitige Vertrauen, das das Weltfrieden mit sich bringe, aus der Welt geschafft werden müsse.

Brasilien und der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund.

Genf, 18. Mai. Nach Abschluß der Beratungen des Völkerverbundes für die Zusammenfassung des Völkerverbundes haben noch politische Besprechungen zwischen dem Boten-
schaffter von Götting und dem brasilianischen Vertreter Monteiro dos Santos stattgefunden. Monteiro dos Santos hat kurz vor der Abreise des deutschen Boten-
schaffers diesen aufgesucht und ihm über die brasilianische Haltung in der Ratifizierung im Auftrag seiner Regierung Mitteilungen gemacht, die den durch die gegenseitigen Erklärungen des brasilianischen Vertreters bereits demotivierten günstigen Eindruck von den Absichten Brasiliens hinsichtlich seiner zukünftigen Haltung zur Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerverbund noch wesentlich zu bekräftigen geeignet sind. Bei der Abreise des Boten-
schaffers an Genf war der brasilianische Vertreter auf dem Bahnhof anwesend, um sich von Herrn v. Götting zu verabschieden.

Anzeigenpreis:

Die einsp. Zeile oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 Pf., Rekl.-Z. 80 Pf. mit Anl.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100%, Zuschlag. Oberg. u. Ausnahmefälle 20 Pf. Bei groß. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Nachverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Fortänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Gerichtshand für beide Teile: Neuenbürg.

Für tel. Nachr. wird keine Gewähr übernommen.

Frankreichs Vorbehalte gegen die Abrüstung.

Paris, 19. Mai. In den Genfer Berichten der Pariser Presse wird allgemein ausführlich, aber kommentarlos über die Darstellung der deutschen Seite für die internationale Abrüstung durch den Grafen Bernstorff berichtet. Sauerwein im „Motin“ stellt aber schon jetzt fest, daß ein Sieg der deutschen Seite für Frankreich wie für die kleine Entente bedrohlich sei. Wenn ein Krieg ausbräche, könnten wir eine Armee und eine genügende Rüstung nicht aufbringen. Deutschland dagegen mit seiner mächtigen Industrie, der methodischen Ausbildung seiner ganzen Jugend und mit seiner Reichswehr, welche durch-
aus als Offizierswehr gegliedert ist, hätte eine sehr beachtenswerte Ueberlegenheit. Es kann sich für uns keineswegs darum handeln, und unter dem Vorwand der mathematischen Gleichheit der Kräfte zur Verteidigung des Landes berufen zu lassen. Wir können uns hier nicht einwickeln lassen.“ — Diese Argumente Sauerweins sind nicht geeignet, den französischen Standpunkt zu fügen. Frankreichs Friedensstrategie ist achtmal so hoch wie der Bestand der Reichswehr und die „methodische Ausbildung der deutschen Jugend“ im Wehrdienst besteht nur in der französischen Phantasie.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg. Sitzung des Gemeinderats vom 18. Mai. Die Vorarbeiten für Umfassung und Verbesserung des Sägerwegs (Koffhandarbeit) werden dem Baumeister Franz Geiger hier zu Angebotsarbeiten übertragen.

Das Stadtbauamt wird beantragt, die Erstellung eines Grabdenkmals für den verstorbenen Stadtschultheißen Stirn vorzubereiten.

Im Schulhaus hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, für die Fahrräder der auswärtigen Real- und Gewerbeschüler einen Unterfunktionsraum zu schaffen. Das Stadtbauamt wird beantragt, Angebote auf Lieferung von Fahrrad-
Rädern mit Selbstbedienung einzubohlen.

Der Gemeinderat stimmt der ortspolizeilichen Vorrichtung, wonach die Höchstgeschwindigkeit für Fahrzeuge innerhalb Etters und auf der anschließenden Staatsstraße strecke vom Hauptbahnhof bis zur Einmündung der Bahnhofsstraßenstraße durchweg auf 15 Kilometer in der Stunde festgesetzt wird, zu. Die ortspolizeiliche Vorrichtung ist zur Erhaltung der Sicherheit, Benutzbarkeit und Reinlichkeit auf den Straßen und zur Anwendung größerer Geschwindigkeiten für hier unbedingt notwendig und es wird deshalb um höhere Genehmigung nachgesucht.

Die Festlegung des hies. Beitrags zu den Kosten der Verlegung des Oberbauers Wegs anlässlich des Bezirkskrankenhausweiterbaus wird bis zur Voranschlagsberatung zurückgestellt.

Die Brennholzversorgung für Kriegerwitwen, Sozial- und Kleinrentner soll wie im Vorjahr durchgeführt werden.

Die Rechnungsarbeiten wurden nach den Entwürfen des Rechnungsausschusses erledigt und die Besätze des Stadtschultheißen Dr. med. vet. Böhmle für die ihm außer der Schultheißen- und Reichswehr obliegenden Verrichtungen in Form eines Bartgeldes neu festgesetzt.

Zur Durchführung des Kinderfestes anschließend an die Jahrestagung der Sängervereinigung „Freundschaft“ wird diesem Verein der übliche Beitrag von 300 RM bewilligt. Zum Schluß wurden noch eine Anzahl kleinerer Angelegenheiten erledigt und Grundstücksänderungen vorgenommen. K.

Neuenbürg, 18. Mai. Die Ortsgruppe Neuenbürg des Bezirks-Ober- und Gartenbauvereins hielt gestern Abend in der Restauration Schumacher ihre jährliche Generalversammlung ab, deren Besuch zwar ein besserer hätte sein dürfen. Nach Begrüßung der Teilnehmer durch Vorstand Scherer gedachte derselbe dreier verdienstvoller Mitglieder, Zimmermeister Paul König, Og. Kienle u. „Grünen Baum“ und Emil Weisel, Kaufmann, deren treues Gedenken von den Anwesenden durch Erheben von den Sitten gelehrt wurde. Aus dem nun folgenden Jahresbericht ist zu entnehmen, daß das abgelaufene Geschäftsjahr sich in etwas ruhigeren Bahnen bewegte und daß mit Rücksicht auf die schlechte Wirtschaftslage die angefallenen Geschäfte vom Ausbruch in sechs Sitzungen erledigt wurden. Außer einer Demonstration auf den Jankensdörfern fand noch eine gut gelungene Kosen- und Flammenschau statt, mit welcher ein Vortrag von Obbauinspektor Schoal über die Schädlingsbekämpfung verbunden war. Derselbe war auch von benachbarten Vereinen besucht, speziell mit dem Worsheimer Obst- und Gartenbauverein habe man engere Fühlung genommen. Zu bemängeln sei leider, daß sich eben viele Mitglieder dem Verein gegenüber ganz interesselos verhalten, was sich wohl zu ihrem eigenen Schaden auswirken dürfte. Notwendig sei daher ein gemeinsames Zusammenarbeiten, um die Ziele unserer guten Sache eher zu erreichen. Kassier J. Neuhäuser erstattete hierauf den Kassenericht, nach welchem 62,32 RM. Einnahmen 48,73 RM. Ausgaben gegenüberstehen. Der Vermögensbestand betrage 342,30 RM. Dem Kassier wurde für seine Tätigkeit der Dank der Versammlung ausgesprochen. Der Jahresbeitrag wurde für das laufende Jahr auf 1 RM. festgesetzt, da der Bezirks-Ober- und Gartenbauverein von einer Beitragserhebung abstand genommen hat. In Aussicht genommen ist für den Monat Juni eine Demonstration, bei welcher der Sommerfest behandelt werden soll. Stadtschultheißen Knodel als Bezirksvereinsvorsitzender hat sich bereit erklärt, die Gewinnung eines Hochmanns in die Hand zu nehmen. Ferner soll später noch eine Ausstellung in der Turnhalle stattfinden. Die Art und Weise derselben mußte noch zurückgestellt werden, bis wir dem Herbstzeitpunkt näher gerückt sind. Es wurde auch angeordnet, diese Ausstellung mit der ebenfalls geplanten Domganzstellung des Bezirks-Turnvereins zusammen zu benehmen, was allgemeine Zustimmung fand. Die nun folgenden Ergänzungswahlen liefen trotz verschiedener Ablehnungs-

Reichsregierung wird mit ganzer Kraft darauf sehen, die Wege, die das Schreiben des Herrn Reichspräsidenten anbeutet, einzuschlagen und das durch jenes Schreiben gesteckte Ziel zu erreichen. Selbstredend wird hierdurch Bestand und Durchführung der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 3. Mai dieses Jahres, deren Rechtmäßigkeit nicht bezweifelt werden kann, in keiner Weise berührt. Ferner möchte ich die Frage der Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vornehmlich regierenden Fürstentümern nicht unerwähnt lassen. Der Termin zum Volksentscheid ist auf den 10. Juni anberaumt worden. Die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu dem dem Volksentscheid unterbreiteten Gesetzentwurf über die entscheidungslose Entgegnung der Fürsten erleidet durch die Umbildung des Kabinetts keine Änderung. Die Reichsregierung wird deshalb auch den Gesetzentwurf, den die frühere Regierung gemäß einem Kompromißantrag der Regierungsparteien dem Reichstag unterbreitete und den dieser in der vorigen Woche mit der verfassungsmäßigen Mehrheit angenommen hat, dem Reichstag zur weiteren Beratung zuleiten. Die Reichsregierung distanziert sich vom Reichstag um seine Unterstützung in ihrem Bestreben, auf der Grundlage der republikanischen Weimarer Verfassung das Wohlergehen des deutschen Volkes in allen seinen Teilen zu fördern und die Einheit des Reiches unter gleichzeitiger Wahrung der Rechte der Länder zu schützen. Nur in engstem verständnisvollem Zusammenarbeiten zwischen Regierung und Volksvertretung ist das erstrebte Ziel zu erreichen. — Die Regierungserklärung wurde in ihrem ersten Teil von den Abgeordneten ohne besondere Anzügen angenommen. Am Schluß der Erklärung kamen Beschlüsse aus den Reihen der Regierungsparteien.

In der darauf folgenden Aussprache nahmen nur die Redner der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten zu längeren Ausführungen das Wort, während sich die Regierungsparteien mit kurzen Erklärungen begnügten. Von den Kommunisten war ein Mißtrauensantrag eingegangen, ebenso von den Nationalen. Damit schloß die Aussprache. In einfacher Abstimmung wurde darauf der Antrag des Centrums, der Demokraten, der Bayerischen und der Deutschen Volkspartei angenommen: Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis und geht über alle anderen Anträge zur Tagesordnung über. Gegen den Antrag stimmten die

Wälfischen und Kommunisten, während die Deutschnationalen sich der Stimme enthielten. Damit waren die Mißtrauensanträge erledigt. Um 5 Uhr vertagte sich der Reichstag auf den 7. Juni, 3 Uhr nachmittags.

Die Berliner Presse zur Regierungserklärung.

Die Deutschnationalen Zeitungen nennen in ihren Kommentaren die gestrige von Reichskanzler Dr. Brüning abgegebene Regierungserklärung dürftig und inhaltslos. Die „Deutsche Tageszeitung“ sagt über die künftige Haltung der Deutschnationalen zum Kabinett, dessen Übergangscharakter von dem Blatt nochmals betont wird: Die politische Rechte wird nicht nur auf der Wacht, sie wird auch auf dem Sprung stehen müssen. Sie hat die absolut klare und eindeutige Auffassung, alle Tendenzen zu unterstützen und ihrerseits zu verstärken, die dem Abmarsch nach links widerstreben. Die faktische Durchführung dieser Aufgabe wird von Fall zu Fall entschieden werden müssen. Die „Tägliche Rundschau“, die es begrüßt, daß in der Regierungserklärung noch einmal die Kurve der Wahrung und Durchführung der Fuggenverordnung betont wird, rechtfertigt die Haltung der Deutschen Volkspartei, die die Beilegung der Regierungskrise ermöglicht habe, mit folgenden Worten: Die Deutsche Volkspartei konnte nicht anders handeln, wenn überhaupt eine Regierung zustande kommen sollte. Sie ist dabei wie so oft schon mit dem Reichspräsidenten Hand in Hand gegangen und hat sich der Aufgabe nicht verschämt, durch ein Zusammengehen mit dem Zentrum die einzig mögliche Grundlage einer Regierungsbildung zu erhalten. Sie wird sicher alles tun, was sie kann, um der Sozialdemokratie einen Einfluß auf die Regierungsbildung zu machen. Die „Germania“ schreibt: Das Vertrauen, das sich infolge der Vorgänge der letzten Woche zwischen Reichstag und Regierung bedenklich gelockert hatte, ist wieder hergestellt und so ist wenigstens wieder eine neue Grundlage zur Weiterarbeit und zur Weiterentwicklung geschaffen worden. Das Berliner „Tageblatt“ unterstreicht die Worte der Regierungserklärung, daß „nur im engsten verständnisvollen Zusammenarbeiten mit der Volksvertretung“ die Regierung die von ihr erstrebten Ziele erreichen wolle, und sagt: Man kann dem dritten Kabinett Brüning keinen besseren Wunsch mit auf den Weg geben als den, daß es ihm gelingt, diese Zusammenarbeit auf allen Gebieten

zu verwirklichen. Der Vorwärts, sagt über die Haltung der Sozialdemokratie zu dem Kabinett Brüning: Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern mit zu den Parteien gehört, die durch Kurvenahme der Regierungserklärung und Übergang zur Tagesordnung über die Mißtrauensanträge dem Kabinett Brüning die Grundlagen der verfassungsmäßigen Existenz geboten. Doch zeigt schon die mit Rücksicht auf die gewählte Form, daß ihre Stellung zum Kabinett durchaus als eine wartende betrachtet werden muß. Das Blatt schreibt weiter: Vieles spricht dafür, daß die Mehrheit für eine künftige Regierung nicht durch Verhandlungen, sondern erst in schweren Kämpfen gewonnen werden wird. Als der erste dieser Kämpfe wird der um den Volksentscheid in Erscheinung treten. Zeigt er, daß im Volk eine Verschiebung der Meinung eingetreten ist, so kann auch der Kampf um einen neuen Reichstag nicht mehr fern sein.

Der Verfall des Franken.

Paris, 19. Mai. Auf dem Devisenmarkt herrschte heute die unglücklichste Verwirrung. Alle 10 Minuten änderten sich die Kurse sprunghaft. Der Pfund Sterling notierte vorzeitig 174 Franken, dann 167,50 und stieg auf 170. Nachmittags lag es auf 169, um dann wieder auf 172,50 zu steigen und schließlich auf 170,80. Derselben Schwankungen wies der Dollar auf, der mit 35,15 schloß. Sehr fest war heute der deutsche Mark mit 104 bzw. 102 und die italienische Lire, die 130,5 erreichte. Auf dem Effektenmarkt herrschte vollkommene Ruhe. Die Verkäufe, Käufe und Umsätze erfolgten je nach dem Stand der Devisen. Die Spekulation war außer Rand und Band. Der Markt herrschte über, daß ein harter Rückschlag der Devisen und damit der Effektenbörsen erfolgen konnte. Es ist schwach waren neuerlich französische Renten.

Amundsen gegen Robik.

Rome, 19. Mai. Amundsen ist sehr unangenehm berührt von der Tatsache, daß Oberst Robik einen Bericht über die Polarexpedition an Mussolini gefaßt hat. Er vertritt in der Zeitung in Rom eine Kopie des Berichtes zu bekommen wurde aber von dem Redakteur, der früher Mitarbeiter von Amundsen war, sehr unfreundlich abgewiesen. Die Verhältnisse von Amundsen hinter dem Redakteur, denn ihre ablehnende Haltung gegen Amundsen hält an.

Bekanntmachung.

Das Handels- und Gewerbeamt Stuttgart hat gemäß § 7 Abs. 1 b der Väterverordnung vom 23. November 1918) R. G. Bl. S. 1329) gestattet, daß in Väter- und Kindertoren am Samstag, den 22. Mai 1926 wegen des starken Geschäftsanfalls an diesem Tag um 3 Uhr morgens mit den Arbeiten zum Herstellen von Väter- und Kindertoren begonnen werden kann.

Dabei wird davon ausgegangen, daß den Gehilfen für geleistete Nacht- und Mehrarbeit eine angemessene Entschädigung von den Arbeitgebern gewährt wird.
Neuenbürg, den 19. Mai 1926.

Oberamt:
Amtmann Dr. Fedel.

Würt. Amtsgericht Neuenbürg.

Eintragung in das Handelsregister, Abt. f. Ges. Firmen vom 17. Mai 1926 bei der Firma: Handelsbetriebsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Sitz Wildbad: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zum Liquidator ist bestellt Regierungsrat Theodor Carl in Karlsruhe.

Zahlungsaufforderung.

Die Wohnsteuer und die Feuerwehrausgabe für die Zeit vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 sind zur Zahlung verfallen und bis spätestens 30. Juni 1926 hierher zu entrichten. Nach Ablauf dieses Zeitpunkts erfolgt Zwangsversteigerung.

Am Dienstag den 25. Mai, abends 7 1/2 Uhr, werden auf dem Rathaus

4 Schlagraumlose vom Alten Hau und das Gras von den Waldwegen im Schönbügel verkauft.

Birkenfeld, den 19. Mai 1926.

Gemeindefolge: Bolay.

Reichsbund der Kriegbeschädigten und Hinterbliebenen, Bezirk Neuenbürg.

Da der

Ganausflug nach Heidelberg

bestimmt am 18. und 20. Juni stattfindet, werden die Ortsgruppen-Vorsitzenden ersucht, möglichst für zahlreiche Teilnahme Sorge zu tragen und die Zahl der Teilnehmer bis 25. Mai an den Gau und Bezirk einzusenden, da für unsere Bezirk wahrcheinl. Sonntagsfahrkarten in Frage kommen. Das Nähere für die Mitglieder ist bei den Ortsgruppen-Vorsitzenden zu erfahren.

Auch Freunde und Gönner sind freundlichst eingeladen.

Die Bezirksleitung.

Zainen-Gompelschauer.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, auf diesem Wege Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer

kirchlichen Trauung

am Pfingstmontag in Liebenzell

freundlichst einzuladen, mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Hr. Wurke,

Sohn des M. Wurke, Holzhauers in Zainen.

Friedrike Sturm,

Tochter d. J. Sturm, Holzhauers in Gompelschauer.

Kirchgang 12 Uhr.

Forstamt Neuenbürg. Reifig- und Schlagraum-Berkauf

am Samstag, den 22. Mai 1926, nachm. 3 Uhr, an der Försterwiese: 18 Lose aus Abtlg. Steinbruch, Rotenbach, Hagwiese und Haag; anschließend (etwa 4 Uhr) an der Epachbrücke: 6 Lose aus Abt. Kangel und 2 Lose Scheidholz aus Schwabtsch und Rasch.

Würt. Forstamt Wildbad. Nadel-Stammholz-Berkauf

Im schriftlichen Ausschreib am Dienstag, den 1. Juni 1926, vormittags 10 Uhr, in Wildbad im Hotel „Sonne“ aus Staatswald Forst bei Kollwasser, Spollenhaus u. Meistern: Fo.: Langh. mit Fm.: 33 I., 145 II., 258 III., 107 IV., 36 V., 5 VI. Fo.: Sägholz mit Fm.: 19 I., 51 II., 18 III. Fi. und La.-Langholz mit Fm.: 754 I., 549 II., 385 III., 182 IV., 128 V., 30 VI. Fi. und La.-Sägh.: Fm.: 144 I., 116 II., 34 III. Klasse. Losverzeichnis und Angebotsdrucke durch die W. Forstdirektion, G. f. S., Stuttgart.

Würt. Forstamt Wildbad. Oberförsterstelle Wildbad. Nadelholz-Stangen- und Schnitt-Verholz-Berkauf

am Dienstag, den 1. Juni 1926, nachmittags 2 Uhr, in Wildbad im Gasthof zum „Schwarzwaldbach“ aus Staatswald Eyach- und Ob. Eibergforst: Bauft.: 266 Ia, 238 Ib, 181 II., 96 III.; Haght.: 41 I., 170 II., 313 III.; Hopfenstangen: 269 I., 756 II., 255 III., 260 IV., 520 V.; Redht.: 1275 I., 90 II. Klasse. Beigholz: Km.: Papierholz: 3 I., 6 II., 32 III. Klasse; Nadelh.-Sätr. I. Anbr.: Su. 135, Bi. 2, Nadelh. 504. Losverzeichnis durch die Forstdirektion, G. f. S., Stuttgart.

Oberhausen.

Verkaufe ein 1/4 Jahre altes

Zucht-Rind,

tausche auch gegen trüchtige Kalbin od. jüngere Kuh ein
Erich Wolfinger
b. d. Schule.

Oberamt Stadt Neuenbürg. Wegen Regearbeiten ist der Sägeweg vom Eifenfuchswerk bis zur Stadt vom Dienstag, den 25. Mai ds. J. bis auf weiteres gesperrt.

Ortsvorsteher:
Knobel.

Würt. Forstamt Ditzau. Beigholz-Berkauf

am Samstag, den 29. Mai 1926, vormittags 9 1/2 Uhr, im „Girch“ in Oberreichenbach aus Staatswald Weidenhardt, Abt. 9 Pabichtsfang, 10 Kadennij, 11 Bohnetswald, 15 Sperberholz, 16 Neubronnen, 25 Blindberg, 32 Blindbachhalde, 27 Madmih: Km.: Buch.: 1 Klobh.; Nadelh.: 4 Sätr., 115 Brgl., 15 Klobh., 278 Aussch. Losverzeichnis durch die Forstdirektion, G. f. S., Stuttgart.

Fußball-Verein Neuenbürg.

Am Freitag, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gasth. „Adler“ Monats-Versammlung statt. Pünktliches und vollständiges Erscheinen dringend erforderlich. Die Spieler der I. und II. Mannschaft werden besonders vollständig erwartet.
Der Aussch.:

Flomink Kauf, Verkauf, Tausch, Verkauf, Vermittlung an Gattungen!

Kotensol.

Eine mit dem zweiten Kalb 35 Wochen trüchtige

Aus- und Zucht-Rind

legt dem Verkauf aus
Karl Berwed.
Stempel-Riffen und Stempel-Farbe
Preis vorrätig in der
E. Mecklen Buchbldg.
Inh.: D. Strom.

Für die Pfingstreise!

- | | |
|---------------|----------------------------|
| Herren-Hemden | Für Kinder: |
| Sporthemden | Kieler Waschanzüge |
| Cravatten | Tiroler Anzüge |
| Windjacken | Blegle's Sweater u. Anzüge |
| Codenmäntel | Dirndl-Kleider |
| Rucksäcke | Kieler Waschkleider |
| Sportstrümpfe | Kieler Waschlufen |
| Pullover | Falten-Röcke |
| Strickjacken | Strümpfe u. Söckchen |
| Strickwesten | |

Größte Auswahl, billigste Preise!

Carl Barth,

Metzgerstr. 27 Pforzheim Metzgerstr. 17

Berndach.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Pfingstmontag, den 24. Mai 1926

stattfindenden

Hochzeits-Freier

in das Gasthaus zum „Bären“ in Berndach freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegenzunehmen zu wollen.

Karl Wildemann,
Sohn des + Friedrich Wildemann, Bauers.

Emilie Pfeifer,
Tochter des Leopold Pfeifer, fröh. Gemeindefolge.

Kirchgang 1 Uhr in Berndach.

Pfingst-Angebote!

Konfektions-Anzüge, Gummi- und Loden-Mäntel, Sommer-Konfektion, Herren-Stoffe
gebe ich weit unter Preis ab.
August Wilhelm, Pforzheim, Wehl. 25.
Telefon 2525. i. S. Väterei Katz. Kein Laden.